

Arbeitsblatt 4: Posens Oberbürgermeister über die aktuelle Situation in Polen

Der Journalist Florian Hassel (FH) sprach mit Posens Oberbürgermeister Jacek Jaśkowiak über die aktuelle Lage in Polen und seine Haltung zu dem Vorgehen der Regierung. Weitere Verstöße der polnischen Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte der Europäischen Union (EU) können zu großen Sanktionierungen seitens der EU führen, auf die Polen angewiesen ist. Jaśkowiak ist ein bekannter Lokalpolitiker und gehört der oppositionellen Gruppierung Bürgerkoalition (KO) an.

FH: Auf was müssten Sie verzichten, wenn es wegen der Position Warschaus und Budapests kein Geld der EU mehr geben sollte?

Zum Beispiel auf eine neue Straßenbahnlinie in den Norden von Posen, die unsere permanenten Staus und die Abgase verringern würde. Die kostet allein in der ersten Bauphase rund 100 Millionen Euro, knapp ein Drittel wären EU-Fördermittel. Danach kämen zwei weitere Etappen, die wir auch vergessen könnten. Ebenso ein in Zeiten des Klimawandels wichtiges Projekt zur Regenwassergewinnung und Bewässerung von Parks und Grünanlagen, das wir uns bei den Kollegen in Hamburg angesehen haben. Es würde uns auf zehn Jahre gerechnet 500 Millionen Euro kosten - ohne EU-Zuschüsse wird das nichts. Und auch unsere Unternehmen würden hart getroffen.

FH: Wie bewerten Sie die harte Haltung der Regierung in Warschau?

Das Grundübel ist, dass diese Regierung die EU nur als Kuh ansieht, die man gerne melkt. Dass die EU tatsächlich ein Verband ist, in dem wir auch Pflichten übernommen haben, dieser Gedanke liegt ihr fern. Die Veto-Drohung hat vor allem mit Machtkämpfen innerhalb der Regierung zu tun. PiS-Chef Jarosław Kaczyński kann ohne seinen Koalitionspartner Zbigniew Ziobro, der als Justizminister und Generalstaatsanwalt den Rechtsstaat demontiert hat und hinter dem 18 Abgeordnete stehen, nicht weiterregieren. Und für Kaczyński zählt vor allem die Macht. Ob Polen die Milliarden von der EU bekommt oder nicht, ist für ihn letztlich zweitrangig. Mir ist das peinlich. Wir sind dankbar, in der EU zu sein.

FH: Sie haben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag mit 255 anderen Bürgermeistern aus Polen und Ungarn einen Brief geschrieben ...

Wir wollten klarmachen, dass in Polen und Ungarn längst nicht alle so denken wie unsere Regierungen. Wir haben die Veto-Drohung und die Zurückweisung des Rechtsstaatsmechanismus durch unsere Regierungen verurteilt und Präsidentin von der Leyen aufgefordert, endlich die seit einem Jahrzehnt unbehandelte Krankheit der EU zu bekämpfen: demokratische Rückschritte und autoritäre Regierungen, die uns alle als Geiseln nehmen. Außerdem bieten wir an, einen Fonds für polnische und ungarische Städte zu schaffen, die alle EU-Kriterien einschließlich der Rechtsstaatlichkeit gern erfüllen würden. Und es werden bestimmt noch viel mehr Städte: Die 256 Unterzeichner kamen in nur wenigen Tagen zustande.

Aus: „Diese Regierung sieht die EU nur als Kuh an, die man gerne melkt“, Florian Hassel, SZ.de vom 10.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-eu-rechtsstaatlichkeit-interview-buergermeister-1.5142487> (Zugriff: 23.01.2021).

Aufgaben

1. Laut Jaśkowiak ist die Zusammenarbeit Polens mit der EU wichtig für das Land. Was sind die Gründe dafür?
2. Was genau kritisiert der Oberbürgermeister Posens an der polnischen Regierung? Er sagt, die Regierung würde die EU als „Kuh“ ansehen. Was könnte er damit meinen?
3. Mehrere Bürgermeister aus Polen und Ungarn haben sich zusammengeschlossen und einen Brief an die EU-Kommissionspräsidentin geschrieben. Was sprechen sie darin an und was ist das Ziel des Briefes? Gibt es auch in Deutschland Beispiele für „demokratische Rückschritte“ und wenn ja, wie sind diese mit den in Polen zu vergleichen? Diskutieren Sie!